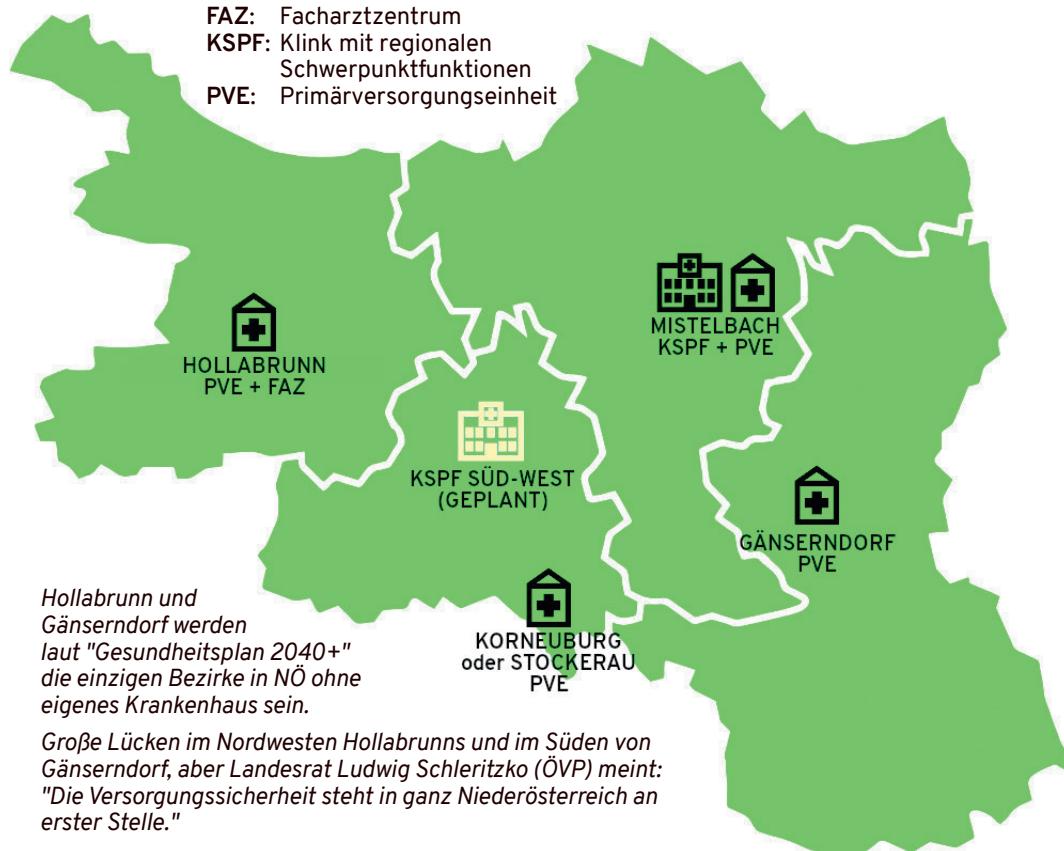


Die anhaltende Misere in der niederösterreichischen Landespolitik - ob es nun das Gesundheitsressort, die Infrastruktur, den öffentlichen Verkehr, den Wohnbau, die Finanzierung der Gemeinden oder anderes betrifft - beruht zum größten Teil auf der immer fragwürdigeren Budgetgestaltung.



Erinnern wir uns: In dem, von ÖVP und FPÖ nach der Landtagswahl 2023 beschlossenen Budget wurden die Ausgaben für die Krankenversorgung um 10 % gekürzt, für den Wohnbau um 20 % und für die Familienunterstützung gleich um 69 %. Gleichzeitig wurden die Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit des Landtages (+ 52 %) und der Landesregierung (+ 20 %) deutlich erhöht (wir berichteten in SPÖ DIREKT Nr. 1/2024).

Kein sozial denkender Mensch würde es zulassen, dass für Öffentlichkeitsarbeit (= Reklame für Regierende) mehr Geld ausgegeben werden darf, wenn die Mittel für Spitäler, den sozialen Wohnbau und die Familienunterstützung angeblich schon seit Jahren nicht mehr reichen.

In diesem Zusammenhang wird immer öfter damit argumentiert, dass der Bund die Länder nicht mehr in dem notwendigen Ausmaß finanziert ... was sehr seltsam anmutet, wenn dieser Rechtfertigungsversuch von Vertretern der ÖVP oder der FPÖ kommt. Schließlich waren es die ÖVP-Regierungen Kurz I (2017 bis 2019) und Kurz II (2020 bis 2021), gefolgt vom Kabinett Nehammer (2021 bis 2025) die unter Beteiligung der FPÖ und dann der Grünen ein Budgetloch von **22,5 Milliarden Euro verursacht haben.**

Wir können uns auch noch gut daran erinnern, wie Frau Mikl-Leitner und Herr Landbauer ihren jeweiligen Parteivorsitzenden, Sebastian Kurz bzw. Herbert Kickl, ihre volle Unterstützung zugesagt hatten - obwohl schon bald absehbar war, welchen immensen Schaden die oben genannten Regierungen unserem Land zufügen werden.

Jetzt sollen die Niederösterreicher*innen und insbesondere die Weinviertler*innen die Konsequenzen tragen? Es geht auch anders: Hier ist ein Vorschlag an die Landesregierung und die Abgeordneten des NÖ Landtages:

Sofortige Umschichtung des Budgets zu Gunsten des Gesundheits- und des Sozialressorts, Streichung der Gelder für Öffentlichkeitsarbeit bis 2027, ersatzlose Schließung der sinnbefreiten "Landesgesundheitsagentur", Halbierung der Bezüge für Landespolitiker und Abschöpfung der Gewinne der EVN AG, die zu 51 % im Besitz der niederösterreichischen Bevölkerung steht.

Vielleicht ist es keine vollständige oder dauerhafte Lösung, aber es wäre ein Anfang!

- sal

SEIT APRIL IN KRAFT: MIETPREIS- STOPP

Im April 2025 ist der Mietpreis-Stop in Kraft getreten. Ohne diesen wären viele Mieten heuer um bis zu 4,2 % gestiegen. Das hat die SPÖ in der Bundesregierung durchgesetzt. "Wohnen ist ein Grundrecht und muss für alle leistbar sein und bleiben."

SPÖ

IMMER IM EINSATZ

SPÖ-Mandatare räumten kräftig auf

Das wechselhafte Wetter konnte unser "Kommando Flurreinigung" nicht davon abhalten, den Frühjahrsputz in unserer Gemeinde durchzuführen.

Am 12. April sammelten sich die SPÖ-Gemeinderäte und gingen nach kurzer Beratung daran, Straßen, Gehwege und öffentliche Flächen im gesamten Gemeindegebiet von Abfall jeder Art zu befreien.

Die Aktion hat sich gelohnt: Mehr als 30 Säcke füllten unsere Flurreiniger mit Wohlstandsmüll, der den Weg in die entsprechende Mülltonne nicht gefunden hat.

Die Entsorgung von Abfall im öffentlichen Raum ist nicht nur verboten - es ist vor allem eine Rücksichtslosigkeit gegenüber den Mitmenschen.



V.l.n.r.: Vbgm. Matthias Leitner, die Gemeinderäte Nina Auswerth, Patrick Müllner, Sabine Pumhösl, Jochen Huber, Volker Klug, Martin Tözl, Matthias Seidl und Bgm. Peter Frühberger.

Windelrucksack für Damian

Mit großer Freude über einen weiteren neuen Gemeindebürger überbrachten Bürgermeister Frühberger und Vizebürgermeister Leitner **Damian Kovacevic** den Windelrucksack der SPÖ Seefeld-Kadolz.

Wir wünschen Damian und seiner Familie alles Gute und ein schönes Leben.



Vizebürgermeister Matthias Leitner, Vater und Mutter Kovacevic und Bürgermeister Peter Frühberger.

NOTARZT IN RETZ MUSS BLEIBEN!

Jetzt Petition zeichnen:

<https://mein.aufstehen.at/petitions/notarztstuzpunkt-retz-erhalten-leben-retten-statt-schliessen-1>

